

Bezugspreis: Vierteljahr 4.75 M., monatlich 2.25 M., freitags Haus vorwärts... Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Normalzeile kostet 40 Pfg. „Kleine Anzeigen“... 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Sonnabend, den 25. Januar 1919. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Staatenkonferenz zur Reichsverfassung.

Unter dem Vorsitz Eberth lag gegenwärtig im Reichskanzlerhaus die Konferenz der Reichsleitung mit den Vertretern der Einzelstaaten... Die Diskussion wurde vom Staatssekretär des Innern Frey eingeleitet...

Die sozialdemokratischen Kandidatenlisten für Groß-Berlin.

- Berlin: Girsch, Paul; Hanna, Gertrud; Lademann, Hermann; Brunner, Louis; Fischer, Theodor; Keller, Gustav; Dr. Heinemann, Hugo; Cunow, Heinrich; Frank, Otto; Koch, Hugo; Fröhlich, Alexander; Rohn, Albert; Kühner, Josef; Dittmer, Emil; Matern, Fritz; Rieck, Gustav; Thurn, Wilhelm; Brolat, Fritz; Rähler, Wilhelm; Klingler, Karl; Zucht, Leonhard; Telow-Beckow: Otto Gne, Arbeitersekretär; Friedrich Bartels, Parteisekretär; Emil Wacht, Gewerkschaftssekretär; Frau Luise Rähler, Hausangestellte; Georg Schmidt, Gärtner; Heinrich Jettel, Zimmermann; Alfred Scholz, Redakteur; Franz Gutschmidt, Genossenschaftsangehöriger; August Wenzel, Kaufmännischer Angestellter; August Seibert, Gewerkschaftsangehöriger; Frau Gertrud David, Schriftstellerin; Niederbarnim: Conrad Jannich, Schriftsteller; Max Dietz, Metallarbeiter; Willi Jahnke, Mechaniker; Bernhard Bruns, Stabverordneter; Friedrich Beinlänger, Gewerkschaftsbeamter; Wilhelm Stiering, Gewerkschaftssekretär; Hermann Müller, Parteisekretär; Adolf Wuschik, Metallarbeiter; Karl Heßhald, Gewerkschaftsangehöriger; Anna Simon, Sekretärin; Gustav Heilig, Konsumangestellter; Max Sailer, Arbeitersekretär; Karl Prietzer, Gewerkschaftsbeamter; Philipp Kopf, Buchdrucker; Richard Schulz, Zigarrenmacher.

Morgen Preußenwahl!

Morgen wählt Preußen seine erste Vertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts aller Männer und Frauen. Gätten wir nicht in der letzten Zeit so Ungeheures erlebt, wir würden erschüttert und freudig bewegt vor dieser einen Tatsache stehen. Noch vor drei Monaten — man glaubt es kaum, so unwahrscheinlich klingt es — gab es in Preußen ein Dreiklassenhaus und ein Herrenhaus. Sie sind verschwunden, so gründlich verschwunden, daß selbst ein Phantast an ihre Wiederkehr nicht denken kann. Es hat einmal Höhlenbären gegeben und noch früher Mastodonten und Pleistozäner, so hat es früher einmal ein preußisches Dreiklassenhaus und ein preußisches Herrenhaus gegeben, sie kommen nicht mehr wieder, ihre Zeit ist vorbei! Begreift man die Unmöglichkeit ihrer Wiederkehr, so versteht man erst die Größe des Fortschritts und die Notwendigkeit der Revolution. Die Junker sind es gewesen, die die Revolution, so wie sie gekommen ist, notwendig gemacht haben durch die bornierte Politik des Rastenhochmuts, die sie nach außen wie nach innen trieben. Durch eine vernünftige Politik hätte sich wohl nicht die Demokratisierung Deutschlands verhindern lassen — im Gegenteil hätte sie selbst diese Demokratisierung durchzuführen müssen — aber auf dem Weg zu dem unvermeidlichen Ziel, wie viel Blut und Fleid hätte da gespart werden können! Die helle But kann einen pöden, wenn jetzt die unerbittlichen Volksbetrüger von der „Deutschnationalen Volkspartei“ Profokidstränen vergießen über Schande und Schanden des Zusammenbruchs, den sie doch selbst mit unerbittlich lüdenloser Folgerichtigkeit herbeigeführt haben. Dem künftigen Geschichtsschreiber wird es völlig klar werden, daß ein Staat, der sich noch zu Anfang des 20. Jahrhunderts von der Junkerherrschaft regieren ließ, dem Untergang nicht entronnen konnte. Aber ganz lassen wird es wohl eine spätere Generation niemals, daß diese Klasse auf ihren politischen Privilegien noch festhalten konnte, als das Reich möglich schon aus den Fugen geriet. Selbst Wilhelm II. und seine Minister alle hatten begriffen, daß das preußische Dreiklassenwahlrecht fallen müßte, wenn Deutschland — und sie mit ihm — leben sollte. Die Junker begriffen es nicht, und der verbrecherische Kampf, den sie gegen die Wahlreform führten, hat mehr zu den gewaltsamen Formen der Umwälzung beigetragen als irgendein „Umsturzagent“. Durch ihr Treiben war die bestehende Ordnung moralisch isoliert, kein anständiger Mensch konnte sich für sie einsetzen, sie vor Umsturz schützen. Diese Junkerpolitik, die draußen das Völkerrrecht torpedierte und drinnen das Volkswahlrecht sabotierte, hat den Zusammenbruch herbeigeführt. Was geschehen, was wolle: diese Leute haben kein Recht, Anklage zu erheben. Wenn sie zeternd und höhnen über manches neue Unheil, das aus Verzweiflung und Unüberlegtheit entstanden ist, so muß man ihnen zurufen: „Wer hat denn diese Verzweiflung geschaffen? Ihr, ihr habt es getan! Wenn Deutschland geschlagen einem unglücklichen Frieden entgegengeht, wenn alles in Trümmer fällt, wenn breite Massen kriegsverderbt, desorientiert und demoralisiert sind, wenn die Arbeitslosigkeit, die Hungersnot grassiert und die Neigung zu Gewalttätigkeit überhand nimmt — dies alles ist euer Werk. Es ist die Folge eures Systems, das zusammengekracht ist, weil es zusammenbrechen mußte. Reichen, Scherben, Trümmer, es ist alles euer, euer Werk!“ Uns ist die Aufgabe zugefallen, aus diesem Bankrott noch soviel zu retten, um daraus für die Zukunft einen neuen beiderseitigen Wohlstand zu zimmern. Wir wissen sehr gut, wie schwer diese Aufgabe ist und daß bei ihrer Lösung Fehler nicht zu vermeiden sind. Aber unerträglich ist's, wenn die Bankrottäre von gestern sich als die Kritiker und Weserwässer von heute geben, wenn sie sich als die Volkstreuer aufspielen und um die Stimmen derer werben, denen sie jahrelang das gleiche Staatsbürgerrecht verweigert haben! Wahlrechtsverweigerer waren jahrzehntelang diejenigen Parteien, die sich heute die „Volksparteien“ nennen: die „Deutschnationale“, die „Deutsche“ und die „Christliche“. Aber auch die, die sich heute stolz „Deutsche Demokraten“ nennen, haben verdammt wenig dazu getan, sich diesen Namen zu verdienen. Nicht sie sind es gewesen, die die Krone des allgemeinen, gleichen Wahlrechts aufpflanzen, sondern es war allezeit die Sozialdemokratie, von Lassalles Reiten angefangen. Die Sozialdemokratie war die Vorkämpferin der deutschen und der preußischen Demokratie. Gerade darum ist uns aber auch die Verirrung jener unbedarftlich, die das, worum wir jahrzehntelang heiß gerungen haben, preisgeben möchten einer Utopie zuliebe! Es gibt keinen anderen Weg zum Sozialismus als den über die Demokratie!

Die Heimkehr der deutschen Gefangenen.

Dem heutigen Bericht der Waffenstillstandskommission entnehmen wir: Die alliierten Kommissionen überreichen die deutschseits geforderte Mitteilung über ihre Stellungnahme zur Rückkehr der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Vorsitzenden der alliierten Waffenstillstandskommissionen erklären darin übereinstimmend, daß nur die inkvalidierten Regierungen über den allgemeinen Rücktransport der deutschen Gefangenen zu entscheiden haben. Dagegen werde der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission aufs nachdrücklichste vorschlagen, die deutschen Verwundeten und Kranken so schnell wie möglich heimzuschaffen. Die alliierten Kommissionen seien auch bereit, die von der deutschen Kommission gewünschte Liste sämtlicher Kriegsgefangenen von ihren Regierungen einzufordern. Die deutsche Waffenstillstandskommission bemerkt, die Nichterledigung der Gefangenenfrage sei unvereinbar mit dem Geist des Waffenstillstandsabkommens. Es sei unerhört, daß bei solchem Dauerwaffenstillstand, während dessen kein Mensch an eine Fortsetzung des Krieges mehr denkt, deutsche Gefangene auf unbestimmte Zeit in Gefangenschaft gehalten werden. Die deutsche Kommission hoffe bestimmt, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen sich nicht nur auf die kranken und verwundeten Gefangenen beziehen werde. General Audant entgegnet, die Verlängerung des Waffenstillstandes sei nötig geworden, weil Deutschland seinen Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachgekommen sei. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaan, General von Winterfeldt, erklärt, er habe vom ersten Tage an darauf hingewiesen, daß die deutschen auferlegten Bedingungen nicht voll erfüllt werden könnten, da sie Unmögliches verlangten.

Keine Einziehungen!

Lügenpropaganda der Unabhängigen. Wie uns von den verschiedensten Seiten berichtet wird, stellen die Unabhängigen in ihren Wahlversammlungen die Behauptung auf, es sollten in nächster Zeit alle wehrfähigen Männer bis zu 35 Jahren eingezogen werden; zahlreiche Aufforderungen zum Einrücken seien bereits ergangen. Wir können autoritativ erklären, daß diese Behauptungen reiner Unsinn sind, plumper Wahlschwanz von Leuten, die sich anderns nicht mehr reiten zu können glauben.

Arbeitsbeschaffung.

Den neu geschaffenen Zentralbehörden, besonders dem Reichsarbeitsamt und dem Reichswirtschaftsamt, gehen zahllose Gesuche und Eingaben aller Art, insbesondere um Anstellung und Beschaffung von Arbeit, zu. Schnelle Erledigung derartiger Gesuche ist aber nur möglich, wenn jede Eingabe von vornherein an die richtige Stelle geleitet wird. Andernfalls entstehen starke Verzögerungen und die Behörden werden zwecklos überlastet. Daher sei darauf hingewiesen, daß insbesondere folgende Behörden zuständig sind: 1. Zur Vermittlung von Arbeitskräften jeder Arbeitsnachweis, also nicht das Reichsarbeitsamt. Ein und dieselbe Anfrage ist stets nur an einen bestimmten Arbeitsnachweis zu richten. Sonst entstehen Doppelmeldungen und sich kreuzende Anordnungen. 2. Zur Freigabe von Rohstoffen die Kriegsrohstoffabteilung, Berlin, Verlängerer Heilmannstr. 10. 3. Für die Vergabe von Aufträgen die bisherigen militärischen und bürgerlichen Beschaffungstellen, die Auskünfte über Umstellungsmöglichkeiten auf Friedensaufträge vermitteln.

Die jüngsten Wähler.

Am Sonntag können auch alle deutschen Männer und Frauen wählen, die nach dem 19. Januar 20 Jahre alt geworden sind und bis zum 26. d. M. das 20. Lebensjahr vollendet haben. Für diese jungen Wähler sind besondere Nachträge anfertigt worden, worauf die Wahlverbände und Wähler usw. achten müssen.

Arbeitslosenfundgebung in Wien.

Wien, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Im Circus Schumann und in seiner Umgebung fand gestern nachmittags eine große Arbeitslosenversammlung statt. Es wurden heftige Reden gehalten, in denen eine Tagesunterstützung von mindestens 15 Kronen gefordert wurde. Wenn sie nicht gewährt würde, so würden die Arbeitslosen von Palais zu Palais ziehen und sie sich kochen. Eine Streikendemonstration schloß sich an die Versammlung an.

Ein Protest

Uns geht folgende Mitteilung zu: Die Vertrauensleute der A. A. G. (Neuen Autom.-Gesellschaft) protestieren auf das entschiedenste gegen das Vorgehen einiger Mitglieder des Betriebsausschusses, die ohne Anhörung der Arbeiterschaft mit der Direktion über die Stilllegung des Betriebes anlässlich der heutigen Demonstration verhandelten. Die Forderung ist keineswegs von der Arbeiterschaft erhoben worden; sie wurde ungefragt vor die vollendete Tatsache gestellt.

Darum sind auch alle Wahlen in den Einzelstaaten für die Sozialisierung so unendlich wichtig; denn ohne die Zustimmung der Mehrheit aller Staatsbürger und ihrer Vertreter bleibt jede Sozialisierung ein auf Sand gebautes Werk.

Darum kann der Sieg, den wir der alten, großen, sozialdemokratischen Partei am morgigen Tage wünschen, gar nicht groß genug sein. Die Sozialdemokratie tritt in diesen Kampf als die Preisfechterin der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung, der religiösen Duldsamkeit, der planmäßigen überlegten Umordnung unserer Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus. Alle Männer, alle Frauen aus dem arbeitenden Volke müssen morgen das Ihre dazu tun, daß diese Partei als die regierende Preußens aus den Wahlen hervorgehe!

Das gleiche Gemeindewahlrecht.

Im Laufe des Februar werden in Preußen Wahlen stattfinden, die an Bedeutung denen des vergangenen und des kommenden Sonntag in keiner Weise zurückstehen, ja sie in gewissem Sinne noch überragen. Die Gemeindevertretungen werden auf Grund des allgemeinen Volkswahlrechts erneuert werden; d. h. in unzähligen großen und kleinen Gemeinden, die bisher von den bürgerlichen Parteien beherrscht waren, wird die Sozialdemokratie die Herrschaft antreten.

Die Partei wird hier zu zeigen haben, was sie kann. Und von ihren Leistungen auf diesem Gebiet hängt in hohem Grade ihre ganze Zukunft ab. Denn die Leistungen auf kommunalpolitischem Gebiet treten dem Staatsbürger am unmittelbarsten vor die Augen, und wenn als praktisch bewährte Neuerungen hier die rascheste Anerkennung finden, so rächen sich hier auch Fehler und Mißgriffe aufs schwerste. Die Partei wird mit dem ganzen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit an diese neue schwere Aufgabe herangehen. Hier wird sich ihr Gelegenheit bieten, neue praktische Arbeit für den Sozialismus zu leisten, dem ja gerade in der Kommune eine überaus wichtige Mission beschieden ist.

Die Verordnung der preussischen Regierung, deren Inhalt wir schon heute morgen mitteilten, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen werden im allgemeinen, unmittelbar und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitz der deutschen Reichsbürgerrechte befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Ob diese Voraussetzungen zutreffen, entscheidet sich für das aktive Wahlrecht nach dem Zeitpunkt der Auslegung der Wählerliste.

Als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk anzusehen, in dem jemand eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht der dauernden Verbleibung schließen lassen.

§ 3. Von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen ist: 1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, 2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

§ 4. Aufgehoben werden die Vorschriften, wonach: das Wahlrecht in anderen Fällen als denen des § 2 ruft Frauen und juristische Personen ein Wahlrecht zuzustehen, die Ausübung des Bürgerrechts von der Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes abhängig gemacht wird;

ein bestimmter Prozentsatz der Gemeindevertretung aus Grundstücksbesitzern, Viehhütern usw. bestehen muß (so genannte Hausbesitzerprivileg);

bestimmte Beamtengruppen von der Wahl zum Gemeindevorstand oder zur Gemeindevertretung ausgeschlossen sind; neben den gewählten auch nichtgewählte Personen der Gemeinde-(Wahl-)kommissionen als Mitglieder hinzutreten.

§ 5. Die Gemeindevertretungen bestehen aus mindestens 6 und höchstens 144 Mitgliedern.

Hjörnsöns „König“.

Reisingertheater.

Hjörnsöns stand in der Blüte seiner Mannesjahre, als er vor etwa vier Tagen dies Weltverlassen, auch in seiner Heimat selbst durch politische Gegner lang von der Bühne ferngehaltene Drama schrieb. Unnützlich zu bemerken, daß es in Deutschland Wilhelmshelmischen Ansehens aus Gründen der Zensur erst recht nicht gespielt werden durfte. Leider erlebten die hochgeschätzten Erörterungen, die man noch allem auf das schon in seinem Titel sich als politisches Problem und Tendenzwerk ankündigenden Schauspiel gesehen hatte, bei der übrigens vorzüglichen Aufführung im Hause Warnowitz, eine gewisse Enttäuschung. Von dem Hjörnsöns, der dann des Ringen allgemeiner Gedanken- und Weltanschauungsgegenstände in dem grandiosen Aufstieg des ersten Teiles seines Doppelaktens „Ueber unsere Kraft“ und in vielen Szenen auch des zweiten Teils so würdig gekostet hätte, läßt sich in dieser Arbeit noch kein Zug erkennen. Die Reflexion hat ihren Weg zur Phantasie, welche die Gedankenstränge des Allgemeinen mit warmem Lebensblut erfüllen will, noch nicht zurückgefunden. Die Erfindung beruht sich beim Nachlesen, was ihr zur Illustration der eigenen Meinungen und Anschlägen einfällt; ein Drang zu einem in sich organisch Begliederen und Zusammenhängen, das inneren Gesetzen folgt, kommt hier nicht zum Ausdruck. So fällt das Ganze in lose verbundene Bilder auseinander, die nur durch die Beziehung zu der von Zeit zu Zeit verhalten wiederkehrenden Tendenz zusammengehalten werden. Einer Tendenz, die für unser heutiges Leben und Empfinden nichts Neues sagt und den weit entfernten Radikalismus, der ihr im Ursprung vielleicht eigen war, verloren hat.

Der junge König des Stückes, von Herrn Göb, nach des Dichters Intentionen mit einem ganz eigenartig lebenswüchsigem Charakter ausgestattet, besitzt für die Rolle, die ihm in dem politischen Schauspiel zugehört ist, nicht hinreichend Tragkraft. Er ist sogar kein Typus der königlichen Einzelart, wider deren bestiegene Annatur und Unwahrscheinlichkeit der Dichter doch zu Felde ziehen will, und auf der anderen Seite als Sonder-Individualität nicht interessant genug. Von tieferen Entwicklungen, die ihn über die engen geistigen Schranken seines Amtes hinaus getrieben, ist kaum von irgendwelchem näher bestimmten Aufsparen, für welche er die ihm gebührende Macht einsetzen will, über Haupt nicht die Rede. Seine ganze Existenz scheint — von der Nachwirkungen, die eine Jugendfreundschaft und die Erinnerung an seine alten Lehrer ausübt, abgesehen — daher zu kommen, daß ein hübsches Bürgermädchen, der er nachläßt, die Tochter eines oppositionellen Belehnten, dem Aufdringlichen die Verachtung, die sie für seine

§ 6. In den Städten der Provinz Hannover werden die Mitglieder des Magistrats von den Bürgerwählern gewählt. Hinsichtlich der Zahl der Bürgerwähler in den Städten der Provinz Hannover gelten die Bestimmungen der Städteordnung für die städtischen Provinzen vom 30. Mai 1858 (Gesetzblatt S. 261) sinngemäß.

§ 7. Die gegenwärtigen Gemeindevertretungen werden aufgelöst. Die Neuwahlen haben an einem Sonntage bis spätestens zum 2. März 1919 zu erfolgen.

Die Mitglieder der Gemeindevertretungen bleiben bis zur erfolgten Neuwahl in ihren Ämtern.

§ 8. Für die Vornahme der auf Grund dieser Verordnung erstmalig stattfindenden Wahlen ist die Wahlordnung für die verfassunggebende preussische Landesversammlung mit der Wahnnahme anzuwenden, daß an Stelle des Wahlkommissars der in den Gemeindeordnungen festgesetzte Wahlvorstand bzw. die Wahlkommission tritt.

Bei der erstmaligen Wahl sind die Wählerlisten zur preussischen Landesversammlung anzuwenden. Die besonderen Bestimmungen des § 2 dieser Verordnung über Dauer und Begriff des Wahnsitzes gelten für die erstmalige Wahl nicht.

Für die späteren Wahlen wird das Wahlverfahren auf der Grundlage der gegenwärtigen Verordnung durch eine besondere Wahlordnung geregelt, welche das Ministerium des Innern erläßt.

Bei der erstmaligen Wahl werden Wahlbezirke nicht gebildet. Für die weiteren Wahlen können durch Ortsstatut Wahlbezirke geschaffen werden.

§ 9. Die Bestimmungen der Städte- und Landgemeindeordnungen über die Teilnahme am Gemeindevermögen, Gemeindegliedervermögen und Almenden werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 10. Die Bestimmungen der Städte- und Landgemeindeordnungen (Gemeindeordnungen) werden insoweit aufgehoben, als sie den Vorschriften dieser Verordnung entgegenstehen. Ortsstatutarische Ergänzungen sind insoweit zulässig, als sie den Bestimmungen dieser Verordnung und der nach § 8 Abs. 2 zu erlassenden Wahlordnung nicht zuwiderlaufen.

Rücktritt der türkischen Regierung.

London, 24. Januar. Central News. Aus Konstantinopel wird berichtet, daß die türkische Regierung zurücktritt. Man erwartet, daß Kemal Pascha ein neues Kabinett bilden wird, in das eine größere Zahl von Gegnern des „Komitees für Einheit und Fortschritt“ aufgenommen werden soll. Dieses Komitee versucht noch immer zu verhindern, daß die Personen, die die armenischen Massakeres verursacht haben, bestraft werden.

Die Skandinavier gegen die antideutsche Gewerkschaftsvereinigung.

Stockholm, 23. Januar. (Ill.) Zu dem Versuch von Osmers, eine internationale Vereinigung der Gewerkschaften ohne Deutschland zu bilden, schreibt „Sozialdemokraten“ mit deutlicher Schärfe: Wenn dieser Versuch gelänge, dann würden die skandinavische und vermutlich auch die holländische Gewerkschaftsbewegung ihrerseits Partei ergreifen und sich mit der deutschen Bewegung verbänden.

Einstellung der englischen Flottenrüstung.

London, 24. Januar. Das Reutersche Bureau erzählt: Das britische Schiffsbauprogramm wird wahrscheinlich nicht festgesetzt werden, ehe die Friedenskonferenz vorbei ist. Inzwischen ist angeordnet worden, die Arbeiten der unvollendeten Zerstörer und anderer Typs von Kriegsschiffen einschließlich der leichten Kreuzer, einzustellen.

Die deutsche Kolonialfrage Sache des Völkerbundes?

Paris, 24. Januar. Reuters Sonderkorrespondent bei der Friedenskonferenz in Paris erklärt, daß die britischen Delegierten bereit seien, solche Probleme, wie die Zukunft Neopoloniens, Palästinas und der deutschen Kolonien an den

Völkerbund zu verweisen, sobald dieser zustande gekommen ist, damit sie nicht die Zeit der Friedenskonferenz in Anspruch nehmen. Daraus geht hervor, daß die Briten keine territorialen Forderungen aufzustellen beabsichtigen, die mit den Grundsätzen des Völkerbundes unvereinbar seien.

Die Spartakustragödie. Das Begräbnis ihrer Opfer.

Die „Freiheit“ benutzte in echter Spartakus-Manier die heutige Begräbnisfeier dazu, die Schuld an den blutigen Ereignissen des Januar denen aufzubürden, die sich nicht der Pflicht entzogen, einen gegen die Republik gerichteten gewalttätigen Angriff abzuwehren. Dabei ist aber selbst sie genötigt zu schreiben:

Die meisten unter uns sind mit Taktik und einzelnen Taten der aufständischen Rebellen nicht einverstanden gewesen und haben im Interesse der deutschen Revolution ein anderes Vorgehen gewünscht.

Und die noch links von der „Freiheit“ stehende „Republik“ schreibt über die Führer des Spartakusbundes:

Sie, die nur der Gewalt des Geistes und dem klaren unabweiglichen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Massen vertrauen wollten, appellierten schließlich an die Gewalt und versuchten es mit denselben Mitteln, mit dummen Maschinengewehren und Gasgranaten, wie die Mächte von gestern und heute. Sie ließen sich hintergehen — und darin besteht zum Teil ihre Tragik — entgegen ihrem eigenen Willen, sich auf die Gewalt zu stützen, an die dauernde Macht von Maschinengewehren zu glauben. Selbst wenn sie gesiegt hätten, was wäre daraus geworden?

Damit ist jede Kritik, die an dem Verhalten der sozialdemokratischen Regierung geübt wird, als heuchlerisch entlarvt. Was hätte denn die Regierung tun sollen? Sollte sie, die sich, wie sich allenthalben zeigte, auf mehr als 11 Millionen proletarischer und sozialistischer Stimmen stützt, vor der Diktatur der im Marzall proklamierten „Regierung“ Liebknecht-Ledebour-Schölze abdanken sollen? Sollte sie warten sollen, bis diese „Regierung“, um sich gegen den Willen des deutschen Volkes an der Macht zu halten, die russischen Bolschewiken zu Hilfe rief? Sollte sie ruhig zusehen lassen, wie die von ihr proklamierte Pressefreiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes brutal verweigert wurden? Wie Häuberbunden, die sich an die Ferien der wahnsinnigen Gewalttäter geheftet hatten, ganz Berlin mit Mord und Mord erfüllten? Sie mußte dagegen einschreiten mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung standen — und konnte es dann, so sehr sie es selbst gemollt hätte, nicht hindern, daß die Schrecken und Grausamkeiten des Bürgerkrieges auch der anderen Seite fühlbar wurden. Wir achten die wenigen an jener Bewegung beteiligten Idealisten auch in ihrer Verirrung und bedauern ihren traurigen Untergang. Aber mit Abscheu müssen wir von denen abrücken, denen das Begräbnis jener Opfer nur Gelegenheit ist, neue Verheugung und neue Verwirrung zu stiften.

Der Gewissenszwang in der Schule.

Kulturminister Genosse Saenisch schreibt uns: In der Freitagabendnummer des „Vorwärts“ wird ein Fragebogen abgedruckt, der in höheren Schulen Groß-Berlins den Kindern zur Beantwortung mit nach Hause gegeben wurde.

Mit Recht vermehrt sich der „Vorwärts“ gegen die Art der hier betriebenen Agitation und verlangt, daß der Uebelstand sofort beseitigt wird. Ich möchte dazu mitteilen, daß ich gleich, nachdem mir diese Agitation zur Kenntnisnahme gekommen war, auf amtlichen Wege jede weitere Verbreitung des völlig unangemessenen Fragebogens verboten habe. Außerdem habe ich die Direktoren aller höheren Knaben- und Mädchenschulen Groß-Berlins zu einer Ansprache über die Vorgänge für Mitte nächster Woche zusammengebeten.

Ronrad Saenisch.

Ich eine Flasche besten Gedrucks kommen. (Für den Kaiser mußte freilich der französische Champaner mit dem Einleit „Burgess-Guten“ versehen werden, weil er zu glauben wünschte, daß er vorzähligen deutschen Sekt vor sich habe). Der Kaiser trank das Glas bis auf einen letzten Rest aus, ging, impulsiv, auf die Kommandobrücke, rief auf das Verdeck, wo sich das ganze Gefolge in Gala aufgestellt hatte: „Da — Oahnke, Sie möchten wohl auch Sekt“, und schwippte den Rest auf das Gefolge. „Ju gnädig, Euer Majestät“, sammelten die Herren da unten und verbeugten sich tief. Der Kaiser kam belustigt ins Gartenhaus zurück und verlangte etwas zu essen. Man reichte ihm geröstete Koblenzschinken. Er kletterte von einer mit dem Zeigefinger der rechten Hand den Kobler und die Butter herunter. Kritik ließ sich in dem Mund, trat wieder hinaus auf die Kommandobrücke, rief hinunter: „Da — Oahnke, möchten wohl auch Kanari haben...!“ und warf das letzte Stück Brot unter die Schalen und Konferten. Ein neues: „Ju gnädig, Euer Majestät“ war die devoteste Antwort. Dann erkundigte Majestät sich ganz leise bei dem Offizier nach der Gewissensfreiheit dieses Kreuzers und fragte, belehrt, hinunter: „Da — Oahnke, wieviel Knoten fährt das Schiff in der Stunde?“ Und als der Generaloberst Rummelst keine Unkenntnis zugestand: „Da — Oahnke, wissen auch gar nichts. Einundzwanzig Knoten, und Sie sind der zweifundzwanzigste.“ „Ju gnädig, Euer Majestät.“ An dem Großwunder dieses Kaisers waren die Menschen mitschuldig, die er in seinem Liebermal schließlich nur so einschloß hat, wie sie selbst einschloß werden wollten. Mit den Menschen ging er wie mit alten Kleidern um. Die Palastien hielten furchtbar unter seiner Laune zu leiden, und die Menschenberührung in den Ministerien, in der Armee und im persönlichen Umgang war grenzenlos.

Nur einen erkannte er in netterhafter Weise über sich an, den lieben Gott. Zum Glück blieb der ihm stets unsichtbar und ließ ihn gehöhen, ließ sich, wie die Umgebung, von Wilhelm anreden und wieder antworten ohne in die peinliche Lage zu kommen, ihm widersprechen zu müssen.

Notizen.

— Hans Meimann, den es vergnügt, in den Wässern vom Mendelischen zum Allgemensindigen hin fischfänger zu tun, las gestern aus seinen Schriften im Meistertal. Er hat ein gutes Auge für Kleingeist. Mit mikrokopierendem Wohlwollen umspürt er dessen Eigenart, und es ist seine Sache, sie in sprachig bewegten Linien einen Augenblick lang in den Sphären zu schreiben. Was er grotesk nennt, hat nicht großen Lebensumfang; es hält sich im Rahmen des Drolligen und Scherhaften, heißt das aneddotische Spiel auch das ulkande Allotria; erweist aber im besten unmerklichen bei Gabe und das Ziel, typischen Menschenbildern heizukommen. Also behaarte Kleinfunkst, und mit höchstem Mundklang gesprochen. Die Fählung mit dem Publikum gedieh im Verlauf des Abends. Einigem Vorgetragenem hätte man föhlich einen Meister grotesker Sprechkunst gewünscht, auf daß es mehr und recht zum Lustbaren hätte gelangen können.

Die Lafaien.

Johannes Fißhart, der in der „Weltbühne“ die Porträts von Politikern und Publizisten zeichnet, ist letztlich auf Wilhelm den Zweiten näher eingegangen. In diesem Bild wird auch den Schmarobern und Schmiedlern, die den letzten Hofenagelern umschleichen, gebührend Gesicht und Rudel beleuchtet. Wir lesen da eine für beide Teile charakteristische Szene:

Der Kaiser war, am 1. Juli 1901, auf dem kleinen Kreuzer Kompe, um in der Lübecker Bucht einem Torpedo Versuchsfischen im Anschluß an die Kaiserliche Mode beizuwohnen. Ein großes Gefolge war an Bord. In den Zwischenpausen der Anläufe kam Wilhelm ins Gartenhaus und erlebte hier Unterhaltungen. Er ließ ihn die Schriftkühle vor. Als es ihm zu langweilig wurde, blüde er zu dem Offizier neben sich auf: „Schwedisch, dieser Krup, mit seiner Tinte! Ein Glas Sekt war mir lieber.“ „Ju Weh!“ sprachte der Offizier, sprang hinaus nach einer Odonnung und

Der Plan eines Reichs-Energiegesetzes.

Das Reichswirtschaftsamt hat Vorschläge für ein Reichs-Energiegesetz fertiggestellt, die jetzt den anderen Reichs- und Staatsbehörden zur Mitberatung zu gehen, um die Energie-Wirtschaft des Reichs zu regeln und damit in neue Formen zu bringen. Es handelt sich um die einheitliche Organisation und Verwendung aller natürlichen Energiequellen, die Deutschland besitzt. Diese Energiequellen ruhen vor allem in den Brennstoffen und in den Wasserkraften, in Kohle, Torf, Erdöl und Wasser. Diese wandeln sich um in Dampf, Druckluft, Gas, Licht, Hitze, Elektrizität und in elektrische Energie und bel den damit Interesse zu organisieren und damit nicht nur die einzelnen Betriebe der deutschen Wirtschaft zu heben, sondern vor allem die Gemeinwirtschaft Deutschlands zu entlasten, ist die Hauptaufgabe der vorliegenden Vorschläge. Es handelt sich um den großartigen Plan einer geordneten Verteilung und einer möglichst vorteilhaften Bewertung unserer Energievorräte und damit die Beschränkung allen unwirtschaftlichen Wettbewerbs und Zwischenhandels, um Befestigung der Zersplitterung durch Zusammenschluß und der Ausschaltung aller vermeidbaren Verluste, kurz gesagt: es handelt sich um die Organisation eines

Zusammenarbeitens statt Neben- und Gegeneinanderarbeitens.

Damit will das Reichswirtschaftsamt auch auf diesem Gebiet den modernen Grundgedanken verfolgen, daß unerfährliche Gemeingüter nicht in der bedingungslos privaten Willkür ausgehört sein dürfen, sondern in den Rahmen einer Gemeinwirtschaft der ganzen Nation einbezogen werden müssen. Dieser gemeinwirtschaftliche Gedanke unserer Energievorräte erscheint uns als notwendiger, als das deutsche Reichswirtschaftsamt bekanntlich nur beschränkte Mengen dieser Energievorräte besitzt und sie unwirtschaftlich sehr bald aufgebraucht würde, wenn sie schrankenlos einer individuellen Profitwirtschaft ausgedreht werden könnten. Die Vorschläge des Reichswirtschaftsamts bestehen aus einem allgemein zusammenfassenden Rahmengesetz und aus den einzelnen Entwürfen über die Verwirklichung der Kohle-, Elektrizität usw.

Überblickt man den ansehnlichen Stand des Kohlewirtschafts in seinen drei Stufen: Produktion, Vertrieb und Verwertung der Kohle, so sieht man eine zusammenfassende Organisation am weitesten vorgeschritten bei dem Vertrieb. Bei der Produktion dagegen und beim Verbrauch liegt die Leitung noch vollkommen bei dem Einzelunternehmer. Aus dieser Tatsache ergibt sich ohne weiteres, daß der Plan, die Kohlewirtschaft unter einen starken einheitlichen Einfluß zu stellen, bei dem Vertrieb der Kohle beginnen muß, weil dort der Boden am besten vorbereitet ist. Auf dem Gebiete der Produktion und des Verbrauches werden die zu ergreifenden Schritte langsamer und vorläufiger gemacht werden müssen. Teil der Durchführung des Programms muß man sich bemühen sein, daß unter dem Begriff „Sozialisierung“ vielfach recht verschiedene gemeint wird. Man kann darunter verstehen, daß der Vertrag der Kohlewirtschaft dem Arbeiter anfallen soll, oder daß in der Kohlewirtschaft unter Ausschaltung aller wirtschaftlichen Arbeiter und Kosten der höchste Grad von Wirtschaftlichkeit erreicht werden soll oder man kann schließlich unter Sozialisierung des Kohlestandes an eine starke Monopolisierung denken. Das Reichswirtschaftsamt hat die wirtschaftliche und die finanzielle Gesichtspunkte beachtet und als erste Aufgabe die Sozialisierung, dabei findet jedoch der Staat keine Grenze in den anderen, und als zweites Ziel muß es festhalten werden, daß die notwendige Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung durch einen genügenden wirtschaftlichen Anreiz gesichert bleibt.

Für eine einheitliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft ist die Zeit ebenfalls längst reif. In manchen Bundesstaaten hat man bereits damit begonnen, die weitere Entwicklung der Elektrizitätsversorgung in ähnlichem Sinne zu beeinflussen. Mit den bisherigen gesetzlichen Handhaben läßt sich jedoch die Elektrizitätswirtschaft noch nicht so planmäßig und einheitlich durchführen, wie es im Interesse der Gesamtheit des deutschen Volkes liegt. Das Reich muß an das Vorhandene anknüpfen und es nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten weiterentwickeln. Die Aufgaben der Elektrizitätsversorgung sind noch nicht beendet. In manchen Gewerbezweigen, im Eisenbahnbetriebe und in der Energieversorgung des privaten Landes liegen noch große Gebiete, die vom Standpunkte gesunder nationaler Energiepolitik der Elektrizität zufallen müssen. Die Aufgabe des Reiches ist, die gesunde Kräfte in der bisherigen Entwicklung der Elektrizitätsversorgung mit allen Mitteln zu fördern und die ungesunden Erscheinungen planmäßig zu beseitigen. Eine Handhabe dazu kann die Einführung des Genehmigungszwanges für Starkstromanlagen geben. Das Reichswirtschaftsamt wird in organischer abgegrenzter Versorgungsgebiete eingeteilt. In jedem Bezirk soll ein Starkstromunternehmer unter dem regierenden Einfluß des Reiches und der Bundesstaaten geschäftlich und betrieblich zusammenfallen. Die an der Verteilung und dem Verbrauch der Elektrizität beteiligten Kreise werden an der einheitlichen und zweckmäßigen Elektrizitätsversorgung ihres Bezirkes mit. Kein bürokratisch erredes System und kein Reden von staatlichen Eingriffen soll um die Elektrizitätswirtschaft gelegt werden. Das Reich will ein gesetzliches Fundament legen, auf dem sich eine auf Selbstverwaltung gegründete, nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflusste Geschäftstätigkeit so entfalten kann, wie es zugleich im Interesse des Versorgungsbezirkes und des ganzen Reiches liegt.

Sobald diese einzelnen Vorschläge die zuständigen Ressorts durchlaufen haben, wird auch darüber für die Öffentlichkeit weiteres berichtet werden. Die endgültige Entscheidung der Vorschläge dürfte den obersten Parlamenten des Reiches und der Bundesstaaten vorbehalten bleiben.

Wilde Sozialisierung der Zechen im Ruhrrevier.

Duisburg, 26. Januar. Die Sozialisierungsbestrebungen im hiesigen Bezirk nehmen ihren Fortgang. Keiner wurden auf den Zechen der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ die Verträge gewährt. Morgen soll dies in Duisburg-Weiderich geschehen. In Winkhausen haben die Räte bereits die Betriebsleitung zum Teil abgesetzt und zum Teil durch andere ersetzt. Auch das Nachbarrevier und Nachbarhäuser hat man abgesetzt und eine Neuregelung des Reviers vorgenommen. Der Bund der technischen industriellen Beamten und der Werkmeisterverband hat seine Mitglieder aufgefordert, ihre Arbeit zu vermindern, falls solche weitgehenden Eingriffe in das Angestelltenverhältnis vorgenommen werden. Auf der Zechen „Lobberg“ haben die Beamten ihre Arbeit wieder aufgenommen, da ihnen vom Arbeiterrat persönliche Freiheit und Schutz ihres Eigentums sowie Verlesung in den alten Stellungen zugesichert wurde.

Die Spartakusbewegung. Die Spartakusbewegung in Berlin hatten vor einiger Zeit vom Berliner Magistrat verlangt, daß ihre bei den letzten Kämpfen gefallenen Anhänger, 64 an der Zahl, auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain beigesetzt werden.

Der Berliner Magistrat erwiderte darauf, daß der Friedhof für eine solche Anzahl nicht mehr Raum biete, auch liege eine solche Beisetzung nicht im Interesse des Spartakusbundes selber, da doch bekannt sei, daß unter den Gefallenen sich auch eine Anzahl zweifelhafter Elemente, Blüthener usw. befinden. Die Spartakusbewegung zog hierauf ab, lehrten aber nach einigen Tagen wieder und erklärten, sie hätten jetzt eine genaue Sichtung der Toten vorgenommen und meldeten hiermit — fünfundsiebzig Gefallene zur gemeinrechtlichen Beisetzung an.

Die Lebensmittel für Europa auch vom Senat bewilligt. Washington, 24. Januar. Reuters. Die Gesetzgebung der Verwilligung von 100 Millionen Dollar für die Versorgung Europas und des nahen Ostens mit Lebensmitteln ist jetzt auch vom Senat angenommen worden.

Gewerkschaftsbewegung

Klempner, Rohrleger und Rohrlegerhelfer!

In Potsdam, Rowdow und Umgegend streiken die Klempner, Rohrleger und Helfer. Die Arbeiter dieses Berufes hatten mit der zuständigen Innung einen Tarifvertrag beraten, welcher von der aus 5 Meistern und 5 Arbeitern zusammengesetzten Kommission angenommen wurde, vorbehaltlich der Zustimmung der Arbeiterschaft und der Innung. Die Arbeiter nahmen den Entwurf an, wozu die Innung ihr obliedete. Die Innung offerierte Löhne, welche zum Teil schon bezahlt werden, zum Teil unter den schon gesehnten gezahlten Löhnen blieben. Sie bietet für ausgebildete Klempner in den ersten 6 Monaten nach beendeter Lehrzeit einen Stundenlohn von 1,10 M. Man verzichte damit die Löhne bei der Eisenbahn in Potsdam. Dort erhält ein Arbeitsbursche unter 18 Jahren einen Stundenlohn von 1,20 M., ein Bursche von unter 18 Jahren 1,40 M. und ein jugendlicher ungeschulter Arbeiter vom 18. Lebensjahre an 1,55 M. Gefordert und vereinbart wurde in der Kommission für Arbeitsverhältnisse im ersten Halbjahr 1,50 M., im zweiten Halbjahr 1,70 M., im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit 1,90 M. und nachher 2,10 M. pro Stunde. Für Helfer 1,10, 1,30 und 1,50 M. Diese drastisch beschleunigte Forderung — und hier muß immer wieder betont werden, daß die Meisterkommission dem zugestimmt hat — können die Potsdamer Klempner und Installateure angeblich nicht bezahlen, weil angeblich die Berliner Unternehmer noch weniger bezahlen. Das letztere ist natürlich nicht wahr. Die Arbeiter sind, nachdem die Innung den Tarif abgelehnt hat, an die Meister mit Einzelverträgen betreten, welche nur zum Teil anerkannt wurden. Die Folge war, daß überall, wo der Tarif nicht anerkannt wurde, die Arbeit eingestellt worden ist. Die Potsdamer Meister haben auch Arbeiten in Berlin, wozu wir bitten drückt zu geben.

Deutscher Metallarbeiterverband.
Verwaltungsstelle Rowdow-Potsdam.

Ueber die unregelmäßigen Lohnauszahlungen im Bergbau der Siemens u. Halske A.G. ersucht und der Arbeiterrat des Siemens-Konzerns um Aufnahme einer Erklärung, worin er die erhobenen Beschwerden über unregelmäßige Lohnauszahlungen im Bergbau der Siemens u. Halske A.G. als unbegründet zurückweist. In der in Frage stehenden Zeit sei eine geregelte Betriebsführung wegen der Streiklage, der durch den Streikbinnenstand hervorgerufenen Schwierigkeiten und der durch die Schieferungen verursachten allgemeinen Unsicherheit unmöglich gewesen, wodurch auch die Lohnbüroaus an der Arbeit verhindert waren. Es sei jedoch der Lohnbüroaus im Einvernehmen mit den Arbeiterräten alles getan worden, um eine schnelle Lohnauszahlung herbeizuführen.

Keine Entschädigung für Arbeiter in stillgelegten Betrieben.

Zwischen der Direktion und den Arbeitern der Deutschen Maschinen- und Munitionsfabriken fanden am Donnerstag nachmittags längere Verhandlungen statt. Die Wamba, deren Tätigkeit seit dem Abbruch des Waffenstillstands schon so stark eingeschränkt war, durfte auf Verordnung der Regierung seit dem 1. Januar keine neuen Waffen mehr herstellen, sondern nur noch die angefangenen Arbeiten vollenden. Nachdem auch diese Fabrikstelle stillgelegt war, wurden die Arbeiter entlassen. Die Angestellten beanspruchten den Arbeitervertrag, sich mit der Direktion darüber in Verbindung zu setzen, daß den Entlassenen eine größere Entschädigung ausbezahlt werden sollte. In der Sitzung erklärte nun die Direktion, daß sie bezügliche Forderungen unzulässig bemitleiden könne, da die Einstellung der von dort herein auf Kriegszwecke berechneten Produktion durch die Regierung verboten sei, daß also die Entlassung der Arbeiter somit auch nicht den Entschluß privater Fabrikannten dorthin. Die Zahlung von Abfindungsummen für die Arbeiter sei unzulässig, da die in den letzten Monaten gezahlten Löhne die Finanzkraft des Unternehmens geschwächt hätten. Es sei nicht möglich und auch gesetzlich nicht zu begründen, daß Arbeiter für ihre Entlassung eine Entschädigung verlangen könnten, auch wenn sie in den vorausgegangenen Jahren unter schwierigen Verhältnissen und Lebensbedingungen dort tätig gewesen seien. Der Arbeiterrat erlitt schließlich die von der Direktion vorgebrachten Gründe an und zog seine Forderungen zurück.

Groß-Berlin

Das Leichenbegängnis Liebflechts.

Die von den Unschlingigen ausgegebene Streichparole hatte zur Folge, daß großzügige Absperrungsmaßnahmen vorgenommen wurden. Bereits am 10. Uhr wurde die ganze innere Stadt sowie der Tiergarten durch Truppen gesperrt. Die „Freiheit“ hatte als Treffpunkt die Siegesallee bezeichnet. Dort wurden feierliche Ansammlungen geduldet und die meisten Menschen überhaupt nicht bis dorthin durchgelassen. Sehr viele Kranzdeputationen waren daher gezwungen, ziellos weiterzugehen. Jeder dieser Deputationen hatte sich nur ein kleines Häuflein von Anhängern angegeschlossen. Die teilweise sehr großen Schreien waren vielfach mit Tönen in partiellistischem Tone bedrückt. Das Wort „Mörder“ war auf vielen Schreien in die 20 Zentimeter hohen Buchstaben sichtbar. Die Ansammlungen in der inneren Stadt nicht möglich waren, bewegten sich die Kranzdeputationen und die vielen Leute, die an der Beerdigung teilnehmen wollten, in der Richtung auf den Friedrichshain hin. An einzelnen Stellen wurde durch unabhängige Ordner die Parole ausgegeben, am Wilhelmsplatz (Waldhühnenheater) zu wartenzutreffen und dort einen Zug zu bilden. Die Mehrzahl der Teilnehmer strömte jedoch direkt dem Friedrichshain zu.

Die Absperrungsmaßnahmen in der inneren Stadt, insbesondere Umleitung des Straßenbahnbetriebes, wurden gegen Mittag erheblich gemildert, so daß größere Störungen des Straßenbahnbetriebes gegen 11 Uhr später beseitigt wurden.

Die Namen der heute zur Ruhe bestatteten sind folgende: Carl Liebflecht, Heinrich Schaurmann, Karl Kohr, Paul Hermann, Reinhold Jape, Wilh. Thunau, Karl Seidter, Kurt Koppier, Leo Fischer, Otto Eisner, Rudolf Starke, Franz Rabbe, Carl Kanne, Ernst Schwarzkopf, Wolfgang Fernbach, Arthur Schütter, Paul Ore, Herrm. Werg, Müllinger, Carl Denny, Erich Krause, Ernst Kühne, Karl Paß, Richard Weder, Charlotte Verlo, Paul Wadernann, Oskar Gorzer, Wilhelm Wügge, Fritz Thiehl, Werner Müller, Walter Seife, Erich Kluge.

Das Ergebnis der Wahlen für die Deutsche Nationalversammlung

wurde für Berlin heute vormittags in einer nach dem Rathons einberufenen Sitzung des Wahlkommissiones unter dem Vorsitz des Wahlkommissionars Stadtrat Köhnig am 11. Uhr festgestellt. Für die Wahlen waren in 801 Wahlbezirken 1.385.337 Personen als Wahlberechtigte eingetragen, aber nur 1.319.927 Personen kamen zur Wahlurne. Das ist für Berlin eine auffallend geringe Beteiligung. Gegenüber der Gesamtzahl der eingetragenen Wahlberechtigten stellt sich die Zahl der abgegebenen Stimmen auf noch nicht 50 Prozent. Zu berücksichtigen sind noch die nicht in die Wählerlisten eingetragenen, nur auf Grund einfacher Vereinerung zur Wahl zugelassenen Soldaten. Durch sie erhöht sich die Gesamtzahl der Wahlberechtigten noch beträchtlich, so daß

für die Wahlberechtigte die Anteiligkeit noch geringer ist. Für gültig erklärten die Wahllokale 1.110.525 der abgegebenen Stimmen. Darunter waren 404.604 für Liste Sch eidemann, 308.672 für Liste Sieghorn, 177.555 für Liste Naumann, 108.720 für Liste Baberenz, 56.063 für Liste Stahl, 45 für Liste Schwahn, 21.402 Stimmen wurden für ungültig erklärt.

Der Antrag zu den Wahllokale

wird am 26. Januar bei den Wahlen zur Nationalversammlung zur Ahnne. Das ist für Berlin eine auffallend geringe Anzahl. Berlin ist nach den Erfahrungen des 19. Januar einiges gelan worden, die Absperrung der Wähler zu beschleunigen. Der Magistrat hatte nach den gegebenen Vorarbeiten nicht die Möglichkeit, Wahlbezirke wegen der übermäßigen Stärke ihrer Wählerzahl zu teilen. Nur das war ihm erlaubt, in überfüllten Wahlbezirken mehrere Unterklassen einzurichten, die unter Beibehaltung des einheitlichen Wahllokalhandses in bestimmten Wahllokale befinden müssen. Am 19. Januar geschah das in 25 Bezirken, am 20. Januar wird es in 88 Bezirken geschehen. Jeder Bezirk wird sogar in drei Unterklassen zerlegt werden. Zur weiteren Befestigung der Wahlabsicherung wird jedem der wartenden Wähler durch besondere Beamte im Voraus die Wahllokalnummer mitgeteilt werden. Jeder kann dann, an den Wahllokal herantrittend, folgende seine Nummer angeben, so daß die Aufsuchung des Namens in der Liste erleichtert wird. Trag dieser Maßregel ist allen Wählern zu raten, nicht erst in letzter Stunde zur Wahl zu gehen. Jeder sollte so zeitig wie möglich seine Wahlpflicht erfüllen.

Gegen den wilden Straßenhandel

Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Handel mit Gegenständen verschiedenster Art hat in vielen Straßen Berlins in der letzten Zeit einen solchen Umfang angenommen, daß dadurch das Publikum erheblich belästigt und der öffentliche Verkehr vielfach sogar gefährdet wird. Es scheint unter den hierfür in Frage kommenden Arten die Anzahl verbreitet zu sein, daß durch die Revolution alle eine solche Tätigkeit einschneidenden oder verleitenden polizeilichen Vorschriften außer Kraft gesetzt seien. Diese Annahme ist irrig. Wenn auch während des Reichslandsmarkt der allgemeinen Kollage in weitestem Maße Rechnung getragen und manche Uebersetzung stillschweigend geduldet worden ist, so ist es doch nicht an der Zeit, auf die Wiederherstellung der Ruhe in Straßenverkehrs hinzuwirken. Deshalb hat der Polizeipräsident die Schenkungsangelegenheiten, dem Ansehen der Straßenhändler entgegenzutreten und solche Personen, die sich den angeordneten Bestimmungen der Polizeibeamten nicht fügen, zur Verhaftung anzuzeigen und erforderlichenfalls zeitweilig. Ferner hat die Schutzmannschaft Befehl erhalten, auch gegen Bettler, Besessener und Glücksjäger, Drehorgelspieler und dergleichen, die auf Straßen und Plätzen — vielfach unter einwürdigem Mißbrauch der feierlichen Uniform — ihrem Gewerbe nachzugehen, einzuschreiten. Wenn so die Schutzmannschaft ihr Augenmerk den sogenannten „Wilden“ Drohlfantastikern zuwenden, so h. folgen werden, die mittels irgendeines Instrumentes häufige gemäßigten bedauern. Diese Kunstler fühlen sich an keinen Tarif gebunden, übermitteln die Fahrgäste bei jeder Gelegenheit und jodigen auch die ihr Gewerbe ordnungsmäßig betreibenden und besitzenden Drehorgelspieler.

Das Publikum wird gewiß einverstanden sein mit diesen Anordnungen, die den Zweck haben, Zustände zu beseitigen, die der Großstadt unanständig sind. Besonders erwünscht wäre es, wenn die Bevölkerung, die zur Durchführung obiger Befehle bestimmten Beamten noch Mithilfe unterstehen und nicht aus ungeschicklicher Parteimeinung, wie es leider häufig geschieht, ihre Tätigkeit erschweren wollte.

Wohnungswucher.

Dr. Winterdorfers Magistrat veröffentlicht nachfolgendes Notiz:

Es gehen uns Klagen darüber zu, daß die jetzt herrschende Wohnungsmangel von verschiedener Seite in nicht zu billiger Weise ausgenutzt wird. Für möblierte Zimmer werden häufig Preise gefordert, welche selbst unter Berücksichtigung der erhöhten Mieten und der Steigerung der Nebelzinsen zu den tatsächlichen Aufwendungen in keinem Verhältnis stehen.

Inhaber von Wohnungen machen für die Abgabe ihrer Wohnungen und die Abtretung des Mietvertrages die künstliche Uebernahme ganzer Wohnungs- und Zimmereinrichtungen zur Bedingung, und zwar zu Preisen, die mitunter das Vielfache des wirklichen Wertes der Möbel übersteigen und nur von solchen Wohnungsuchenden bezahlt werden können, die auf anderem Wege eine Wohnung nicht bekommen können.

Auch die gewöhnliche Vermittlung verlangt oft bei der Kollage der Wohnungsuchenden übertrieben hohe Provisionsen. Für den Verkauf von Hies- und Dreihinterwohnungen hat Provisionen von 300 M. und noch darüber gefordert werden. Diese Vorgänge, welche vorzugsweise gemeindemäßige Mietsverträge betreffen, haben bei den Wohnungsuchenden, namentlich bei den jetzt zurückgekehrten Kriegsteilnehmern, sehr berechtigten Unwillen hervorgerufen. Wie möchten öffentlich vor solcher Ausnutzung der Wohnungsuchenden warnten und werden gewünscht sein, falls uns in Zukunft ähnliche begründete Klagen vorgebracht werden, dagegen einzuschreiten.

Gegen die Verlegung nach Weimar.

Die Stadtverordneten Cassel, Kammern, Dore, Weiser, Kresnow und Hosenow haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Der Nutzen der Verlegung der Stadtverordnetenversammlung möge befehlen, den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden in nochmal nachdrücklichem Eingriff die Verlegung der Deutschen Nationalversammlung nach der Reichshauptstadt Berlin unter Hervorhebung der Angehörigkeiten der Tagung in Weimar zu bringen, 2. gegen jede Verhinderung Preußens und Vereinfachung Berlins als dessen Hauptstadt mit Entschiedenheit vorzugehen.“ Dieser Antrag soll mit dem schon mitgeteilten Antrage der Sozialdemokratischen Fraktion in der nächsten Sitzung beraten werden. An seiner einstimmigen Annahme ist kaum zu zweifeln.

Keine besonderen Nachrichten. Die Worte „Awakette“-Schäden-Division teilt mit: In der Presse tauchen immer wieder Nachrichten auf, daß außer der Tageszulage von 8 M. noch eine besondere Nachtzulage von 2 M. gezahlt wird. Dies führt bei der Anwerbung von Freiwilligen zu einer Verzerrung und gibt häufig den Anlaß zu unerwünschten Auseinandersetzungen bei den Mannschaften, die sich bewilligt glücken. Die Division weist ausdrücklich darauf hin, daß derartige Nachrichten nicht gezahlt werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

NeuWAn. Das Zentralwahllokal für den morgigen Sonntag befindet sich bei Cassmann, Krügerstr. 2, Tel. 17, 243, Wahlhelfer, die sich ihrem Bezirk nicht zur Verfügung gestellt haben, werden gebeten, sich dort zu melden, da in einzelnen schwachen Bezirken noch Helfer gebraucht werden.

Schäferberg. Angehörige, die im Arbeiterkongressen Ennen-Bundschleusen und Reichsliste dieser Woche, werden zur Einberufung zur Veranstaltung der 23. Vereins-Versammlung heute abend 8 Uhr bei Wolfste, Silesener Str. 59, eingeladen.

Verantwortlich für Politik: Erich Grunert, Berlin; für den Abdruck: Kurt Voss, Berlin; für die Redaktion: Kurt Voss, Berlin; für die Druckerei: Kurt Voss, Berlin; für den Vertrieb: Kurt Voss, Berlin; für den Anzeigenteil: Kurt Voss, Berlin.

Techniker!

Die Revolution hat auch Euch frei gemacht! Freit von all euren Pflichten und Sorgen...

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Mit Immanuel, Grotz, Siegel, die auch die Festschreiben...

Künstliche Zähne
mit and ohne Gummiplatte
Friedenskanzleischneid, Erstklassige Arbeit...

Zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstr.
Sprachst. 9-1, 3-7, Sonnt. 9-12. 179/12

Verkäufe

Wohnungswesen! Kautions...
Wohnungswesen! Kautions...
Wohnungswesen! Kautions...

Kaufgesuche

Wohnungswesen! Kautions...
Wohnungswesen! Kautions...
Wohnungswesen! Kautions...

Spezialbehandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete (chronische) Krankheiten...

Geschlechtskrankheiten

verlangen im eigenen Interesse, um sich vor minderwertigen Heilmethoden zu schützen...

Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt, Berlin, Potsdamer Str. 117, an d. Lützowstr.

Spezial-Behandlung

Die Geschlechtsleiden jeder Art bei Männern und Frauen...

Spezial-Behandlung v. Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

Harnröhrenentzündung, Syphilis, Mundschleimhaut, Flechten, Beinfleiden...

Spezial-Behandlung von Haut-, Harn- und Geschlechtsleiden

jeder Art bei Männern u. Frauen, spez. veraltete (chronische) Krankheiten...

Spezial-Behandlung von Haut-, Harn- und Geschlechtsleiden

Dr. med. Haedicke, Friedrichstr. 80, Charlottenburg.

Spezialarzt Dr. med. Coleman

Friedrichstraße 91/92, an der Dorotheenstr. Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden...

Spezialarzt Dr. med. Müller

Reichenberger Str. 130, II. Stock, Rosenstraße 3, Sprachst. 11-1 u. 2-5, Sonnt. 11-1.

Spezialarzt Dr. med. Jäger

Jägerstr. 12, Charlottenburg, Sprachst. 11-1, 2-7, Sonnt. 11-1.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß

Friedrichstr. 125, Oranienb., Sprachst. 11-1, 2-7, Syphilis, Harn- u. Frauenleiden...

Spezialarzt Dr. med. Geyer

Syphilis, Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden, Harnröhrenentzündung...

Spezialarzt Dr. med. Haedicke

Haut-, Harn-, Geschlechts-, Harnröhrenentzündung, Syphilis...

Spezial-Behandlung von Haut- u. Geschlechtsleiden

leiden, Frauenleiden, nerv. Wessels Heil-Anstalt, Eissasser Str. 38, Oranienburger Tor...

Spezialarzt Dr. med. Koeben

Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervöse Schwäche...

Spezialarzt Dr. med. Wessels

Wessels Heil-Anstalt, Eissasser Str. 38, Oranienburger Tor...

Bettfedern

In 60 versch. Sorten von M. 2.50 bis 2. d. feinsten Gänsefüllen...

Möbel

Jeder Art preiswert, Große Auswahl, Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7...

Sperber

Sperber, Charlottenburg, Charlottenburger Str. 13...

Sekt, Weinkorke

Sekt, Weinkorke, R. Nagemstein, G. M., Charlottenburg...

Korfe, Wein und Sekt

Korfe, Wein und Sekt, R. Nagemstein, G. M., Charlottenburg...

Harmonium

Harmonium, Charlottenburg, Charlottenburger Str. 13...

Vermietungen

Vermietungen, Charlottenburg, Charlottenburger Str. 13...

Wohnungen

Wohnungen, Charlottenburg, Charlottenburger Str. 13...

Schiffstellen

Schiffstellen, Charlottenburg, Charlottenburger Str. 13...

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt, Charlottenburg, Charlottenburger Str. 13...

Stellungsangebote

Stellungsangebote, Charlottenburg, Charlottenburger Str. 13...

Verschiedenes

Verschiedenes, Charlottenburg, Charlottenburger Str. 13...

Unterricht

Unterricht, Charlottenburg, Charlottenburger Str. 13...



Wer ich bin? Ich bin die bekannte Magner Lampe...



Alfred Kraus, Berlin N.O. 55, Lippiner-Str. 5.

Ansträgerinnen für den „Vorwärts“

Werden elegant in folgenden Filialen: Berlin: Bürgelstr. 42, Prinzenstr. 31...